

II-793 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesX. Gesetzgebungsperiode

23.7.1965

295/A.B.
zu 290/JA n f r a g e b e a n t w o r t u n g

des Bundesministers für Finanzen Dr. S c h m i t z
auf die Anfrage der Abgeordneten E x l e r und Genossen,
betreffend Besteuerung von verbilligt abgegebenen werkseigenen Erzeug-
nissen.

-.-.-.-

Mit Bezug auf die Anfrage der Abgeordneten Exler und Genossen vom
7. Juli 1965, Nr. 290/J, betreffend Besteuerung von verbilligt abgege-
benen werkseigenen Erzeugnisse, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

Sachbezüge sind gemäss § 8 Abs. 2 Einkommensteuergesetz mit den üb-
lichen Mittelpreisen des Verbrauchsortes anzusetzen. Der Wert von Sach-
leistungen ist nach einem objektiven Maßstab zu ermitteln, das heißt,
es muss der Geldbetrag errechnet werden, den der Leistungsempfänger auf-
wenden müßte, um sich die Leistung am Verbrauchsort zu beschaffen. Die
Differenz zwischen diesem so ermittelten Wert und dem vom Arbeitnehmer
tatsächlich gezahlten geringeren Betrag stellt gemäß § 19 Abs. 1 Z. 1
Einkommensteuergesetz einen Vorteil aus dem Dienstverhältnis dar, der
steuerpflichtig ist, sofern nicht eine der Befreiungsbestimmungen des
§ 3 Einkommensteuergesetz Platz greift.

In der Praxis wird ein geldwerter Vorteil für den Arbeitnehmer des
jeweils in Betracht kommenden Betriebes dann nicht unterstellt werden
können, wenn die Abgabe der verbilligten Waren an die Arbeitnehmer zu
einem verbilligten Preis erfolgt, der auch anderen Gruppen von Letzt-
verbrauchern, zum Beispiel Mitgliedern bestimmter Vereinigungen, ge-
währt wird.

Wenn ein Mittelpreis des Verbrauchsortes gemäß § 8 Einkommensteuer-
gesetz nicht feststellbar ist, können die Selbstkosten des Arbeitgebers
bei der Bewertung der Sachbezüge des Arbeitnehmers zugrunde gelegt werden.

Eine über diese Praxis hinausgehende Regelung findet im Einkommen-
steuergesetz - auch in der Fassung der Einkommensteuernovelle 1964 -
keine Deckung.

-.-.-.-